



# Industrie-Allianz sagt der EU-Klimapolitik den Kampf an

Ausschuss des Europa-Parlaments will Stromkonzerne für Kohlendioxid-Emissionen voll zur Kasse bitten. Wirtschaftsvertreter warnen vor Kostendruck

WAZ 09.10.08.

Kampf

alös", „unverantwortlich“, „unrealitätsfremd“ Landesvertreter grüßte Ruehl sich der jüngsten Klimaausschuss des Europäischen Wirtschaftsminister Thoben, und Industrieministerin Thoben in der Europa-Viertel eine „Allianz“ bilden sich die Regionen teil energiein-

tensiver Industrie-Unternehmen“ bündeln, um die Klimapolitik und den geplanten Emissionshandel noch industriefreundlich zu beeinflussen.

## „Friedlich bombardieren“

Am Dienstag war im Umweltausschuss des EU-Parlaments beschlossen worden, dass Stromkonzerne voll für ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen zur Kasse gebeten werden sollen. Auch Sektoren wie Stahl, Glas, Zement, Papier und Chemie sollen laut Beschluss keine pauschale Befreiung von den Klimaauflagen (Kauf von

Emissionszertifikaten) bekommen. Thoben gründete als NRW-Vertreterin gemeinsam mit Hessen, dem Saarland, Niedersachsen und den österreichischen Ländern Steiermark und Oberösterreich die Industrie-Allianz. Sie stehe für 300 000 Arbeitsplätze, unterstrich der österreichische EU-Politiker Paul Rübiger.

Der Vertreter des Bayer-Konzerns, Wilfried Köplin, verlangte für die Chemiebranche eine „Kompensation“ für die seit 2005 steigenden Strompreise, die wegen des Emissionshandels um bis zu

20 Euro pro Megawatt-Stunde angestiegen seien. Er setze seine „ganze Hoffnung auf den EU-Ministerrat“, der den Gesetzentwurf über die Neuregelung des Emissionshandels noch entschärfen könne. Anderenfalls drohten Zusatzkosten für die deutschen energieintensiven Unternehmen in Höhe von 3,9 Milliarden Euro ab dem Jahr 2013 und 7,2 Milliarden Euro ab 2020.

Christian Günther vom Konzern Saarstahl warnte vor weiterem Kostendruck. Statt einer Pflicht für alle Stahlhersteller, Emissionszertifikate



NRW-Wirtschaftsministerin Christa Thoben Foto: WAZ, Mangel

kaufen zu müssen, sollten jene Firmen voll von Klimaschutzkosten befreit werden, die bereits modernste Hochofentechnik einsetzen. Der Europaabgeordnete Herbert Reul (CDU) nannte den Beschluss des Umweltausschusses „unverantwortlich“. Niedersachsens Staatssekretär Wolfgang Gibowski forderte, die Stromkonzerne sollten ab 2013 nur „stufenweise“ für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß belastet werden. Rübiger versicherte, man werde nun Druck machen: „Wir werden den Ministerrat friedlich bombardieren.“